

Die Uneinigkeit in Rußland.

Seltige Zerwürfnisse zwischen den Parteien.

Amsterdam, 19. März.

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“, Harald William, meldet aus Petersburg vom Freitag abend:

In der Provinz wird der Umsturz jetzt mehr und mehr bekannt. Es gibt aber noch immer Gouverneure, die sich weigern, die Veröffentlichung der amtlichen Telegramme der revolutionären Regierung zu gestatten. Der Zar und die Zarin werden nicht bedauert. Man hört nur selten etwas zu ihrer Verteidigung anführen. Die freigelassenen Verbrecher machen sich unangenehm bemerkbar. Einige von ihnen zogen Uniformen an und drangen in Privatwohnungen ein. Es wurden kräftige Maßregeln getroffen, um sie unschädlich zu machen. Die Schüler der Militärschulen tun jetzt Dienst als Polizei, bis die neue Polizei aufgestellt ist. Eine dringende Frage ist die Wiederaufnahme der Arbeit.

In einem anderen Telegramm aus Petersburg vom Freitag abend meldet Harald William: Gestern wurde, als zwischen liberalen Patrioten und Extremisten Uneinigkeit entstand, die Lage sehr gefährlich. Die Leidenschaften gehen jetzt so hoch, daß man in einem gewissen Augenblick mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß die wütenden Soldaten, die ganz außer Rand und Band geraten sind, die Mitglieder des Durakomitees überfallen und ermorden würden. Rußland wäre dann in eine schreckliche Anarchie gestürzt worden.

Der Kampf zwischen den Parteien der Duma.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Genf, 19. März.

„Temps“ stellt fest, daß sich inmitten der Gruppen der russischen Linken ernste Unstimmigkeiten geltend machen. Die Oktoberistenpartei der Duma, die den Bollzugsausschuß und den Ministerrat gebildet hat, hatte in ihr Programm die Abdankung des Zaren und die Uebertragung der Regentschaft an den Großfürsten Michael aufgenommen. Als der Zar sich weigerte, abzutreten, hatte sich ein Arbeiterkomitee außerhalb der Duma gebildet und die Oktoberisten zum Unterhandeln gezwungen. Dieses Arbeiterkomitee verlangte die sofortige Abhaltung von Volkswahlen. Der Bollzugsausschuß befürchtet jedoch, daß die Wahlen im gegenwärtigen Augenblick Unruhen hervorrufen könnten, und bestand noch vorgestern auf der Verschiebung der Wahlen bis nach Kriegsende. Der Bollzugsausschuß konferierte die ganze vorgestrigte Nacht mit dem Arbeiterkomitee, um die Lösung dieser Frage zu finden. Nach den vorliegenden Depeschen scheint der Konflikt noch nicht beigelegt. Die Lage wurde durch die Weigerung des Großfürsten Michael, die Regentschaft anzunehmen, noch erschwert.